Nummer 196 — Halle, Sonnabend, den 22. August 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale": Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der „Vorwärts" meldet, daß das Reichskabinett diese Woche den Gesetzentwurf zur Schaffung einer Arbeitslosenversicherung angenommen habe. Die Veröffentlichung des Entwurfes dürfte nach Veröffentlichung des Entwurfes dürfte nach Klärung noch einiger untergeordneter Fragen in einigen Tagen erfolgen.

*

Die Londoner „Evening Times" melden aus Köln, führende englische Finanzvertreter seien dort eingetroffen, um über eine teilweise Uebernahme Stinnesscher Unternehmungen in den englischen Kapitalbesitz Verhandlungen aufzunehmen.

*

Die Belegschaft der Zeißwerke in Jena hat beschlossen, um die Zustände in Rußland auf Grund eigener Anschauung kennen zu lernen, eine Delegation nach Moskau zu entsenden.

*

In Warschau wurden 3 Kommunisten wegen einer durch sie hervorgerufenen Schießerei in den Straßen von Warschau zum Tode verurteilt.

*

Vom deutsch-amerikanischen Zentralhilfskomitee in Neuyork sind 1000 Kisten Lebensmittel im Werte von rund 50 000 $ für die aus Polen vertriebenen Deutschen eingegangen.

*

Vom 29. August bis 5. Sept. findet in Berlin eine Tagung des Auslandsdeutschtums statt, auf der u. a. die Frage der Auslandspropaganda und der Reichstagswahl der Auslandsdeutschen erörtert werden. Am 1. und 2. September sollen das hallische Industriegebiet und die Leipziger Messe besucht werden.

*

Als Gegenmaßregel gegen Aufenthaltsverweigerungen des Mietamts in der norwegischen Stadt Oslo gegen 6 Deutsche hat die deutsche Regierung einer Anzahl von in Deutschland ansässigen Norwegern Ausweisungsbefehle zugestellt. Es finden Verhandlungen über eine gütliche Einigung statt. — Ob es notwendig war, gegenüber den kleinen Norwegen so schneidig zu sein? Hoffentlich ist man dann Frankreich gegenüber nicht doppelt ängstlich.

*

Die Wiener Polizei hat in den Räumen der monarchischen konservativen Volkspartei eine Haussuchung vorgenommen. Gegen die Partei und dessen Führer ist Anzeige erstattet worden, wonach sie die Hauptfsniff fsniaffaffiafft zionistischen Kundgebungen sind.

*

Der zionistische Kongreß in Wien hat den Antrag angenommen, zum Aufbau Palästinas eine internationale Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollars durch den Völkerbund aufzunehmen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Errichtung einer industriellen Bank für Palästina vorsieht.

*

Die Regierungskommission des Saargebiets hat eine Erklärung erlassen, daß die deutschen Aufwertungsgesetze für das Saargebiet keine Gültigkeit haben.

In Saarbrücken fand eine größere Schießerei in der Vorstadtstraße in der Nähe der Kaserne statt. Französische Soldaten waren mit Zivilisten in Streit geraten. Mehrere Verletzte wurden geborgen.

*

„Daily Mail" meldet aus Paris, daß der französische Kabinettsrat am Mittwoch beschlossen hat, die Kopfstärke der französischen Truppen im besetzten deutschen Gebiet auch für den Monat September unverändert zu lassen.

*

Nach einer Meldung aus Buenos Aires beendete Oberst Proctor seine im Auftrage des Genfer Arbeitsamts unternommene Studienreise über die Möglichkeit, 200 000 deutsche und russische Emigranten anzusiedeln. Die Argentinier seien einverstanden, vorausgesetzt, daß die Eignung für Landwirtschaft und das moralische Niveau der Einwanderer garantiert werde. — das dürfte ein völkerbundsmäßiger Optimismus sein, denn 200 000 fremde Einwanderer, also ein ganzes Heer kräftiger Männer, nimmt so leicht kein vorsichtiges Land der Welt auf.

*

Die Londoner „Times" spricht ihr Erstaunen darüber aus, daß verschiedene verantwortliche Organe der französischen Presse die jetzige Reise des Araberkönigs Fessals nach London in einer weder für diesen noch für die Politik Großbritanniens im Osten schmeichelhaften Weise erörtern.

*

Wie die Londoner „Morning Post" aus Kairo meldet, wird Medina immer noch von den Wahabiten belagert. Die Hedschastruppen hätten in der letzten Schlacht 400 Mann Verluste erlitten. Die Dscheddahfront sei ruhig.

Wirtschaftskämpfe im ganzen Reich.

Vermittlung des Arbeitsministers im Bauarbeiterstreik.

Der Reichsarbeitsminister hat die baugewerblichen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zu erneuten Einigungsverhandlungen eingeladen. Man hofft, daß die zum 29. August angekündigte Gesamtaussperrung im Baugewerbe vermieden werden kann, doch sind die Einigungsaussichten vorerst gering.

Im Eisenbahnerkonflikt werden Freitag mittag die Verhandlungen der Reichsbahngesellschaft mit den Organisationen fortgesetzt. Wie wir erfahren, haben die Organisationen eine Herabsetzung ihrer Forderungen abgelehnt.

Vorläufige Einigung im nordwestdeutschen Arbeitszeitstreit.

In dem Arbeitszeitstreit der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie erklärten in der gestrigen Schlichtungsverhandlung in Dortmund die Vertreter der Gewerkschaften, daß sie die Kündigung des Arbeitszeitabkommens zurückzögen. Infolgedessen ist die Fällung eines Schiedsspruches überflüssig geworden.

Schiedsspruch in der Mecklenburger Metallindustrie.

Rostock, 20. Aug. Der staatliche Schlichter hat den Schiedsspruch, welcher den Arbeitern der Metallindustrie eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde zubilligt, als verbindlich erklärt. Der Streik wurde von den Gewerkschaften daraufhin abgebrochen und die Aussperrung von dem Bunde der Metallindustriellen aufgehoben. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 63 Pfg. pro Stunde.

Lohnstreit der Hamburger Hafenarbeiter.

In Hamburg sind die Lohntarife der Hafenarbeiter von beiden Parteien gekündigt. Die Arbeitgeber verlangen zehnprozentige Lohnherabsetzung, die Arbeitnehmer eine Lohnerhöhung. Der Schlichtungsausschuß erklärte, daß ein Schiedsspruch unmöglich sei. Die weitere Entwicklung ist noch nicht vorauszusehen.

Gehaltserhöhung für die Angestellten der chemischen Industrie Groß-Berlins.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten teilt mit: Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat durch das tarifvertragliche Schiedsgericht in der chemischen Industrie Groß-Berlins unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hart einen Schiedsspruch erwirkt, der eine Erhöhung der Gehälter mit Wirkung vom 1. August um 8 Proz. vorsieht. Die Parteien werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen.

*

Die allgemeine Lohn- und Streikwelle im Reiche hat auch auf die Angestelltenorganisationen übergriffen. Verhandlungen der Organisationen finden in Berlin statt. Die Angestellten im Berliner Großhandel fordern eine 25 bis 30prozentige Gehaltsaufbesserung.

In der Berlin-Potsdamer Textilindustrie steht eine Aussperrung bevor, da die Einigungsverhandlungen in Nowawes gescheitert sind.

*

Das Hochofenwerk Lübeck A.-G.

wußte sich infolge der schwierigen Lage in der deutschen Roheisenindustrie entschließen, einen weiteren Hochofen in Stolzenhagen bei Stettin auszublasen.

Die Klöcknerwerke

beabsichtigen, die Bauabteilung wegen Unproduktivität bis auf einige wenige zu Reparaturarbeiten notwendige Arbeiter aufzulösen. Der größte Teil der Kündigungen ist bereits ausgesprochen.

Verzögerung der französischen Note.

P a r i s, 21. August. Die Agentur Havas teilt mit, daß die französische Antwort auf die deutsche Note zur Sicherheitsfrage vom 20. Juli zweifellos erst Anfang nächster Woche in Berlin überreicht werden wird, und daß mit ihrer Veröffentlichung in ungefähr einer Woche zu rechnen ist.

*

— Diese neue Verzögerung ist um so auffälliger, als nach nicht dementierten Meldungen der französische Botschafter in Berlin bereits in Besitz der französischen Note ist. Es müssen aber Bedenken gegen die Uebergabe der Note und also gegen den Inhalt oder die Form der Note bestehen. Daß innerhalb der französischen Regierung von sich aus Unstimmigkeiten entstanden sind, ist wenig wahrscheinlich. Entweder wird die Verzögerung also auf England oder auf Amerika zurückzuführen sein, und es müssen sehr triftige Gründe sein und sehr wichtige Dinge vorgehen, wenn Frankreich jetzt plötzlich haltmacht. Möglich ist, daß England seine Zustimmung von befriedigenden Schuldenregelungsangeboten Frankreichs (Caillaux fährt dieser Tage nach London!) abhängig macht, möglich ist aber auch, daß die Differenzen zwischen England und Frankreich noch tiefer gehen.

*

Die Sozialdemokraten haben beim Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses den brieflichen Antrag gestellt nach sofortiger Einberufung des Ausschusses unmittelbar nach Eingang der Briandschen Note. Eine Entscheidung liegt bisher nicht vor.

Die Forderungen der Drusen.

Die Drusen wollen Freiheit.

Der Führer der drusischen Aufständischen, Sultan Atrasch-Pascha erklärte einem Korrespondenten der „Voss. Ztg.", der französische Druck auf das drusische Volk sei jetzt unerträglich geworden. General Sarrail habe sich nicht einmal bereitfinden lassen, die drusischen Abgesandten zu empfangen und die Beschwerden an den Gouverneur Carbillet entgegenzunehmen. Inzwischen trafen die französische Parlamentäre ein, die die französischen Friedensbedingungen dem Sultan übergaben. Die Drusen sollen darnach 5000 Kronen Entschädigung zahlen, alle Kaufleute voll entschädigen und die bei den Kampfhandlungen erbeuteten Waffen zurückgeben. Atrasch erklärte diese Forderungen für unannehmbar. Freiwillig werde er die erbeuteten Waffen an die Franzosen nicht zurückgeben. Er verlange mit seinem Volke nicht nur die Autonomie des drusischen Gebietes, sondern

die volle Unabhängigkeit ganz Syriens

und zwar ein freies Parlament, eine nationale Regierung, einen König oder einen Präsidenten als Staatschef und ein eigenes Heer. Die Franzosen sollen sich damit begnügen ähnlich wie die Engländer im Irak nur als Berater zu fungieren. Wenn es Frankreich wagen solle, das Drusenvolk anzugreifen, werde in ganz Syrien der Aufstand ausbrechen.

Der Berichterstatter faßt seinen Gesamteindruck dahin zusammen, daß die Lage sehr ernst aufzufassen sei, weil der drusische Sultan von zahlreichen syrischen Abgesandten zu weiterem Widerstande ermutigt werde.

*

Der Pariser „Matin" meldet einen französischen Sieg bei Damaskus. Es gelang, den Sturm der Drusen auf die Vorstädte von Damaskus zurückzuschlagen. In Beirut sind am Dienstag 2000 Mann französische Verstärkungen eingetroffen. — Das wichtigste an der Nachricht ist, daß demnach die Friedensverhandlungen gescheitert sind, und daß der Aufstand sich bis unmittelbar vor Damaskus ausgedehnt hat.

Nach einer Meldung aus Jerusalem erhielt General Soule bei einer Inspektion militärischer Posten etwa 15 Meilen nördlich von Damaskus einen Schuß in den Schenkel. Eine Strafexpedition wurde sofort nach dem benachbarten Dorfe Mirjane entsandt. 20 Einwohner des Dorfes wurden getötet. — Hoffentlich werden die Teilnehmer der französischen Strafexpedition nunmehr nach dem uns Deutschen gegenüber beliebten Verfahren vom französischen Kriegsgericht „wegen Ermordung von Zivilpersonen" zum Tode verurteilt.

Attentatsversuch auf den König von Spanien.

Gegenüber einer gestern ausgegebenen Erklärung der spanischen Botschaft, durch die die Meldung von einem Attentat auf den König von Spanien auf Santanter nochmals kategorisch dementiert wird, meldet die Agentur Havas, es seien ihr Nachrichten zugegangen, wonach tatsächlich ein Attentatsversuch gemacht wurde, seine Durchführung jedoch durch das Eingreifen der Polizei verhindert wurde. Jedenfalls kann von einer Verletzung des spanischen Königs, von der einige Blätter wissen wollten, keine Rede sein.

Die Londoner „Times" melden aus Washington, der Staatssekretär habe dem deutschen Botschafter auf seine letzte Demarche hin am Mittwoch erklärt, daß eine Freigabe der deutschen Vermögen zurzeit nicht durchführbar sei, aber für 1926 erwogen werden solle.

Die Londoner „Evening Times" melden aus Washington, die amerikanische Regierung habe die hinterlassenen Werke Wilsons über den Krieg und den Friedensschluß freigegeben. Sie würden 1926 im Druck erscheinen. Bekanntlich soll Anfang 1926 auch das Ergebnis des amerikanischen Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage veröffentlicht werden. Sollte die Freigabe der Wilsonschriften etwa damit im Zusammenhang stehen und beides etwa eine Abschwenkung Amerikas von Frankreich vorbereiten?

Der Arbeitsmarkt im August.

Im Deutschen Reich gibt es keine restlos vollständige Arbeitsmarkt-Statistik. Zurzeit richtet sich die Arbeitsmarkt-Statistik nach den Zahlen der Erwerbslosenunterstützung, die aber nicht vollkommen sein können, weil nur ein Teil der Erwerbslosen unterstützt wird. Ferner stützt sich die Statistik auf die Geschäftstatistik der Arbeitsnachweise, die aber auch nicht vollständig ist, weil kein Melde- und Abmeldezwang besteht. Schließlich benutzen die Statistiker noch die Erhebungen der gewerkschaftlichen Fachverbände, die Mitgliederbewegung der Krankenkassen und die Industrieberichterstattung für Zwecke der Erforschung des Arbeitsmarkts.

Die Zahl der Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger im ganzen Reichsgebiet betrug am 1. August, wie schon gemeldet, 197 000; die Zahl der wirklich Erwerbslosen muß aber als wesentlich höher angenommen werden. Man wird der richtigen Zahl nahe kommen, wenn man die Ziffer der Arbeitsgesuche und offenen Stellen bei den Arbeitsnachweisen zum Vergleich heranzieht. Im Juni standen 1,1 Millionen Arbeitsgesuche 645 000 offenen Stellen gegenüber. Die sogenannte Andrangsziffer d. h. die Zahl der Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen hat demnach 171 betragen. Soweit die Berichterstattung der Facharbeiterverbände ausreicht, waren von deren Mitgliedern zu Ende Juni 3,5 Prozent voll erwerbslos und 5,2 Prozent auf Kurzarbeit angewiesen.

Nach diesen Ziffern würde sich die Gesamtlage des Arbeitsmarktes an sich als nicht ungünstig darstellen. Zu berücksichtigen ist aber die Jahreszeit und im Zusammenhang damit der hohe Personalbedarf der Landwirtschaft. Hier betrug die Andrangsziffer zu Ende Juni für männliche Stellen 78, für weibliche aber nur 37. Demgegenüber betrug die Andrangsziffer für männliche Arbeitnehmer zu Ende Juni im Bergbau 195, in der Metallverarbeitung 223, im Spinnstoffgewerbe 262. Gegenstand besonderer Sorge bildet die Entwicklung im Steinkohlenbergbau. Man wird leider noch mit

zehntausenden von Entlassungen im Ruhrgebiet

rechnen müssen. Freundlicher ist die Lage im Braunkohlenbergbau, wo Bedarf an Arbeitskräften besteht, der sogar noch übertroffen wird von dem Bedarf im Kalibergbau. Bei der Ueberleitung der im Ruhrgebiet arbeitslos gewordenen Bergarbeiter in anderer Gebiete spielt allerdings die Lohnfrage eine Rolle. In Oberschlesien ist der Arbeitsmarkt durch den Ausfall der polnischen Kohleneinfuhr erheblich e n t l a s t e t worden. In der chemischen Industrie ist im Gegensatz zur Metallindustrie die Lage des Arbeitsmarktes nicht ungünstig. Sehr schwierig liegt der

Arbeitsmarkt für Angestellte.

Die Andrangsziffer betrug im Juni für männliche Bureauangestellte 546 auf 100 offene Stellen, für weibliche 185; für männliche kaufmännische Angestellte 801, für weibliche 360; für Heizer und Maschinisten 449, für Techniker aller Art 848. Auch die Andrangsziffer für freie Berufe ist mit 257 bei den männlichen, 184 bei den weiblichen wenig günstig. — Die gerade jetzt viel erwähnten wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten kommen in den Zahlen des Arbeitsmarktes, abgesehen vielleicht vom Bergbau noch nicht zum Ausdruck. Eine Verschlechterung der Gesamtziffer wird aber jedenfalls eintreten, mit dem Zeitpunkt, in dem die Außenarbeiten zu Ende gehen, d. h. erfahrungsgemäß von der zweiten Hälfte Oktober an.

Deutsche in der spanischen Fremdenlegion.

Zu einem Artikel, der in einer Berliner Zeitschrift erschienen ist und dem deutschen Auswärtigen Amt vorwirft, daß es an der nötigen Energie gegenüber den Werbern für die spanische Fremdenlegion und an der nötigen Unterstützung der bedrohten jungen Deutschen fehlen lasse, erfahren wir von zuständiger Seite:

Anfang des Jahres 1924 wurde bekannt, daß auf deutschem Gebiete von spanischen Werbern Versuche unternommen wurden, junge Deutsche für die spanische Fremdenlegion zu verpflichten. Namentlich in Hamburg schien ein Hauptquartier der Werber zu sein. Die zuständigen deutschen Stellen haben sich mit dem Hamburger Senat zu gemeinsamen Vorgehen in Verbindung gesetzt, mit dem Erfolge, daß es in kurzer Zeit gelang, den Werbern das Handwerk zu legen.

Im August 1924 konnte festgestellt werden, daß von größeren Einstellungen in die spanische Fremdenlegion durch Deutsche nicht mehr die Rede sein konnte. Bedauerlicherweise muß hervorgehoben werden, daß die spanischen Werbestellen von Deutschen geradezu überlaufen wurden. Das erschwert natürlich das deutsche Vorgehen ungemein. Die spanischen Stellen können sich immer darauf berufen, daß sie gar nichts zu tun brauchen, als die vielen Deutschen, die sich bei ihnen freiwillig melden, entgegenzunehmen.

Der Ansturm ist leider so groß gewesen, daß in Hamburg die Polizei aus verkehrstechnischen Gründen einschreiten mußte, um den Andrang vor dem Werbelokal, der zu einer Verkehrsstörung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250822010/fragment/page=0001
DFG

[illegible] drohte, zu ordnen. Wenn der eingangs erwähnte Zeitschriftenartikel von siebzehnhundert Deutschen spricht, die der spanischen Fremdenlegion angehören sollen, so ist diese Zahl stark übertrieben. Auf Grund amtlicher Feststellungen sind im ganzen in die spanische Legion eingetreten

ungefähr siebenhundert Deutsche,

davon sind inzwischen 120 gefallen oder gestorben und 100 sind desertiert oder entlassen worden, so daß etwa noch rund fünfhundert Deutsche sich in der Legion befinden. Die genauen Feststellungen darüber sind aber recht schwierig, namentlich, weil die Legionäre sich zurzeit an der Front befinden.

Tatsache ist leider auch, daß sich Minderjährige in der spanischen Legion befinden. Die deutschen Stellen haben sich namentlich auch deswegen sofort mit der spanischen Regierung in Verbindung gesetzt und Entgegenkommen gefunden. Dreißig Minderjährige sind schon freigemacht. Die in dem fraglichen Artikel gegen den deutschen Konsul in Vigo erhobenen schweren Vorwürfe, daß er sich einer Unterstützung der Werbungen für die spanische Fremdenlegion schuldig gemacht habe, werden von zuständiger deutscher Stelle zurückgewiesen.

Die Krone Stephan Bocskays.

Der rumänische König begeht am 27. August seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß will die rumänische Regierung als Nationalgeschenk für den König die Krone Stephan Bocskays ankaufen, die sich im Wiener Museum befindet. Den Blättern zufolge sollen in dieser Angelegenheit Verhandlungen mit der österreichischen Regierung bereits im Gange sein.

Die Krone des Siebenbürgerfürsten Stephan Bocskay (1557 bis 1606), der auch einen Teil Ungarns unter seiner Herrschaft hatte, steht auf der Liste der Musealschätze, deren Herausgabe Ungarn im Zuge der Liquidierungsverhandlungen von Oesterreich verlangt. Die ungarische Presse ist über die Kaufabsicht entrüstet und sagt, der Ankauf der Krone müßte in Ungarn eine Empörung hervorrufen, die Rumänien gefährlich werden könnte.

Die Wirren in China.

Die Londoner „Daily Chronicle" meldet: Bei Lloyd in London wurden am 15. August die Kriegsrisikoläße für Vermögensverluste in Ostasien um weitere 5 vom Tausend erhöht.

Zwei russische Flugzeuge sind von Moskau über Nanking kommend in Schanghai eingetroffen und wurden von einer zahlreichen Menschenmenge, unter der sich sehr viele Studenten und Russen befanden, lebhaft begrüßt. Die Menge führte Banner mit sich, von denen eins die Aufschrift trug: „Fort mit den ungerechten Verträgen."

Aus Peking wird gemeldet: Das Gerücht vom Tode des Generals Tschangsolin wird offiziell in Abrede gestellt.

*

Im japanischen Auswärtigen Amt verlautet bezüglich der Einladung der chinesischen Regierung zu einer internationalen Zollkonferenz, daß Japan bereit sei, über die Zollautonomie Chinas zu beraten, falls China dieses Verlangen stelle. — Offenbar versucht Japan, sich mit Japan wieder gut zu stellen. Welche Stellung es zu England und Rußland hat, wird dadurch immer unklarer.

Die chinesische Handelskammer hat in Schanghai mit den japanischen Schiffahrtsinteressenten eine Vereinbarung getroffen, auf Grund deren die chinesischen Seeleute die Arbeit auf dem japanischen Schiffen wieder aufnehmen sollen.

Ein militärischen Kreisen nahestehendes japanisches Blatt schlägt vor, die nächsten Heeresmanöver von großem Umfang auf den Ebenen der Mandschurei abzuhalten, wo genügend Raum vorhanden wäre, die Erfahrungen des Weltkrieges hinsichtlich einer ausgedehnten Mobilisierung sowie der Tätigkeit moderner weittragender Geschütze auszunutzen, was auf dem beschränkten Gebiete Japans unmöglich sei. — Den Sowjetrussen muß diese sonderbare Wahl des Manövergeländes wenig freundschaftlich vorkommen. Sollte es den Engländern (und den amerikanischen Dollars?) gelungen sein, Japan wieder für sich zu gewinnen gegen Sowjetrußland?

Die Hinterlassenschaft der Franzosen.

Ueber 6,5 Millionen Mark Besatzungsschulden in Bochum / Schulen, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude in Schweineställe verwandelt / Was die Franzosen mitgenommen haben.

Bochum hatte infolge seiner zentralen Lage im Ruhrgebiet beim Einbruch der Franzosen sofort eine äußerst starke Besatzung erhalten. Es war keine erfreuliche Bilanz, die der Besatzungsausschuß der Stadt in seiner Schlußsitzung über die Franzosenherrschaft ziehen mußte.

Der Ruhreinbruch hat in Bochum eine Anzahl von Todesopfern gefordert. Auf direkte Maßnahmen der Besatzung sind allein

neun Todesfälle

zurückzuführen. Außerdem sind durch die Schikanen der Franzosen über 100 Personen verletzt bzw. gesundheitlich geschädigt worden.

Mitgenommen aus der Stadt haben die Franzosen:

50 komplette Schlafzimmer, 14 komplette Küchen, 18 Eßzimmer-Büfetts, 3 komplette Speisezimmer, außerdem Küchenbüfetts und Anrichten, 52 Tische, 14 Schränke, 105 Stühle, 100 eiserne Waschtessel, 10 Gasherde, 20 Kochherde, 35 Oefen, 240 Bettstellen, Betten, 28 Waschtischmoden, 15 Kleiderschränke, 20 Nachtkonsolen, 30 Fahrräder, außerdem Schreibtische, Klubsessel, Polstersessel, Bademannen, 30 Wäschegarnituren, größere Bestände an Wäsche, Wolldecken, Plumeaus, Küchengeräte und Bureaugegenstände.

Um die Schäden in den Quartieren festzustellen, haben die Franzosen Besichtigungen veranstaltet. Die vom Städtischen Belastungsamt zur Teilnahme an der Besichtigung geladenen Besitzer der in Frage kommenden Gebäude wurden durch den französischen Offizier zurückgewiesen, ein Einspruch der Stadt dagegen hatte keinen Erfolg.

Hat ein Poilu z. B. mit seinen nägelbeschlagenen Stiefeln den Parkettboden ruiniert, oder Sofas und Lederessel malträtiert, dann war dies

„normaler Verschleiß."

Zu den Abschätzungen wurde nur ein Vertreter der Stadtverwaltung hinzugezogen. Die anderen Sachverständigen waren vier Franzosen. Für sämtliche 98 Schadensfälle wurde von dieser französischen Kommission eine Summe von noch nicht 1000 Mark zur Abstellung sämtlicher Schäden als ausreichend erachtet.

Und wie sieht es in den Massenquartieren aus? Nur einige Fälle seien hier angeführt:

Das große Gebäude „Bürgergesellschaft" mit seinen Wirtschaftsräumen, Sälen und Zimmern diente als Soldatenheim.

Als es besetzt wurde, nahm der Adjutant, der mit Soldaten erschien, sofort drei Hände voll Silberbestecke und für 500 Mark bestes Porzellan an sich. Kein Wein-, kein Bierglas, keine Tasse war mehr vorhanden, als die Franzosen das Lokal räumten.

Der noch im Hause wohnende Wirt wurde mit Inhaftierung bedroht, wenn er sich über verschwundene Sachen beschweren wollte. Die Kegelbahn wurde demoliert; ihre Instandsetzung kostete 2000 Mark. Die Klosetts, die alle acht Tage verstopft waren, weil die Soldaten Konservenbüchsen und Brote hineinwarfen, wurden demoliert. Die Heizkörper wurden abgerissen und mitgenommen.

Alles Porzellan, 16 Sessel und 142 Stühle sind von den Franzosen gestohlen worden. Vom Büfett im großen Saale ist alles kurzgeschlagen worden. Was an Tischen und Stühlen noch dagelassen wurde, ist größtenteils unbrauchbar geworden.

Das große Verwaltungsgebäude in der Trankgasse diente als französische Kaserne. Wie zivilisierte Soldaten sich in dem von ihnen zu einem — gelinde gesagt — Schweinestall umgewandelten Bauwerk haben wohl fühlen können, ist Deutschen unverständlich. Auch hier alle Klosetts demoliert, dann zugenagelt; dafür hatte man

auf dem Hofe große Fäkaliengruben.

Alle Telephonanlagen sind abgerissen, der Draht zu besonderen Lichtanlagen verwendet. Die Wände (wie überall, wo Franzosen hausten) beschmutzt, mit Inschriften beschmiert, eingeritzt. Die Möbel größtenteils fortgeschleppt. Ein Trümmerhaufen auf dem Hofe. Eine Feldschmiede in einem Bureauraum.

Der Gebäudeschaden allein in dem Verwaltungsgebäude an der Trankgasse beträgt rund 100 000 Mark.

Die Oberrealschule II

an der Königsallee, ein neues Schulgebäude, war ein wahrer Schmuckkasten, als die Franzosen es besetzten und darin den berüchtigten „Blutkeller" und die „Folterkammer" im Dachaeschoß einrichteten. Was hatten sie in wenigen Wochen daraus gemacht? Die Spülklosetts zerschlagen, die Toilette verschmutzt. Die Angehörigen der „großen Nation" kannten keine Wasserklosetts und richteten sich lieber im offenen Südpark eine anrüchige „Waldidylle" ein. In gleicher Weise wie diese Schule wurde die evangelische Schule an der Wiesenhauser Straße 270 verdreckt.

Das ist die Grande Nation.

Sollen wir noch mehr Beispiele anführen? Es erübrigt sich, denn die französischen Kulturträger haben überall wo sie sich einquartiert hatten, dasselbe „Andenken" hinterlassen. Es wird über die Anerkennung des vollen Schadenersatzes noch ernstlich zu reden sein; die anerkannten Summen werden auf Reparationskonto gutgeschrieben. Gut, daß wir die ungebetenen Gäste los sind. Die „französische Kultur und Ritterlichkeit" haben wir hinreichend kennengelernt.

„Freiheit gibt es nicht!"

Mussolini nimmt kein Blatt vor den Mund.

Der Londoner „Daily Expreß" gibt folgendes Interview mit Mussolini wieder:

„Freiheit!" sagte Mussolini, „gibt es so etwas wie Freiheit? Wenn die Liberalen nach Freiheit verlangen, so beweisen sie damit ihre Unkenntnis der Anfangsgründe des Regierungsmechanismus. Masse kann nicht Masse regieren, Quantität nicht Qualität. Ich halte daran fest, daß es so etwas wie Freiheit nicht gibt. Sie existiert nur in den Vorstellungen unpraktischer Philosophen, die ihre Philosophie sich vom Himmel holen, während ich meine von der sehr nahen Wirklichkeit der Erde nehme."

Auf die Frage, ob er mit dieser Philosophie Erfolg gehabt habe, erklärte Mussolini: „Vollen Erfolg! Die Zukunft verspricht viel. Europa besitzt eine enorme Reserve an Vitalität.

Der alte Kontinent ist noch nicht dekadent.

Jahrhunderte werden noch vergehen, bevor er dekadent sein wird. Europa hat trotz der Propaganda einiger Alarmisten nichts zu befürchten. Wenn Europa wirklich vor dem Verfall stehen sollte, so müßte Italien als das älteste Land Europas das schwächste sein. Sie haben aber selbst gesehen, daß Italien noch sehr jung und stark ist. Nichts kann seinen Fortschritt hemmen."

Mussolini kam dann auf

die Alkoholfrage

zu sprechen. „Verbot? Warum soll ich andere Leute ihres persönlichen Vergnügens berauben. Etwa weil ich selbst seit zehn Jahren keinen Alkohol genossen habe? Das ist kein Grund. Ich werde aber ein Gesetz befürworten, das die heranwachsende Generation vor den zerstörenden Folgen des Alkohols bewahren soll."

Im weiteren Verlauf der Unterredung erklärte Mussolini: „Mein Ideal, mein Meister ist Julius Cäsar. Cäsar war der größte Mann, der jemals auf der Erde gelebt hat."

Die Militärrenten.

Auf Grund des dritten Gesetzes zur Abänderung der Reichsversorgungsgesetze müssen sämtliche Militärrenten ungerechnet werden. Die Umrechnung der Grundbeträge und die Berechnung der Nachzahlung wird ohne Antrag mit größter Beschleunigung durchgeführt. Je weniger die Versorgungsämter in den nächsten Wochen durch Anfragen in Anspruch genommen werden, desto schneller wird die Umrechnung und Nachzahlung beendet sein. Die Zahlung eines einmaligen Betrages von fünfzig Reichsmark an diejenigen Kriegsbeschädigten, die im Jahre 1923 als zwanzigprozentige Rentenempfänger abgefunden und seitdem nicht wieder Rentenempfänger wurden, kann nur auf besonderen Antrag erfolgen. Der Antrag ist möglichst schriftlich an das zuständige Versorgungsamt zu richten. In ihrem eigenen Interesse werden die Antragsteller gebeten, zugleich mit dem Antrage eine Gehalts- oder Lohnbescheinigung ihres Arbeitgebers mit einzureichen.

Der Preußische Justizminister bestreitet.

Das preußische Justizministerium wendet sich gegen die neuerlichen Beschuldigungen von Bacmeister und Leopold in einer Erklärung, in der es u. a. heißt:

Die wiederholte Behauptung, daß das Justizministerium in Sachen Sklarz, Barmat und Kutisker unter parteipolitischem Druck eingegriffen habe, sowie die Behauptung, daß die Neubestellung der staatsanwaltschaftlichen Sachbearbeiter für die Sache Kutisker nach dem Ausscheiden des Gerichtsassessors Caspari unter irgendwelchen illegalen Einflüssen gestanden habe, ist unrichtig. Die Bestellung dieser Sachbearbeiter ist nach übereinstimmenden Vorschlag der Generalstaatsanwälte beim Kammergericht und Landgericht I erfolgt.

Es ist ferner unrichtig, daß Ministerialrat Kuhnt bei seiner Erklärung gegenüber dem Untersuchungsausschuß des Landtags das Schlußgutachten über den Sektionsbefund Dr. Höfles planmäßig zurückgehalten habe. Kuhnt habe vielmehr in dem Vortrag den er in der ersten Sitzung des Untersuchungsausschusses als Regierungskommissar weisungsgemäß gehalten hat, nach dem stenographischen Protokoll eine kurze Uebersicht über die vorläufigen Gutachten und Schlußgutachten hinsichtlich der objektiven Todesursache gegeben. Kuhnt hat auch den Beamten der Staatsanwaltschaft vor ihrer Vernehmung durch den Untersuchungsausschuß befohlen, nicht das Gutachten zu verschweigen. Den Beamten ist die nach dem Gesetz erforderliche Genehmigung zur Aussage bezüglich solcher Fragen nicht erteilt worden, die das schwebende Verfahren gegen Barmat und Genossen betrafen.

*

— Diese Erklärung kann unter keinen Umständen genügen. Es sind mit detaillierten Unterlagen von einem Reichstagsabgeordneten Behauptungen aufgestellt, die auf eine völlige Untergrabung der preußischen Strafjustiz hindeuten. Die Strafjustiz ist aber eine der Säulen des Staatslebens, an deren Unversehrtheit der gesamte Beamtenstand und das ganze Volk ein Lebensinteresse haben. Da geht es nicht an, die Angelegenheit mit einem Dementi zu verdecken.

Die Ehre der preußischen Justiz und des preußischen Staates steht auf dem Spiel, sie muß wiederhergestellt werden. Da hilft nur volle Aufklärung durch ein Verfahren, das entweder zur Zurücknahme der Angriffe und Bestrafung der Angreifer oder zur Ausmerzung aller unlauteren Elemente aus der Justiz führen muß.

Eine Justizverwaltung, die nicht volle Klarheit schafft, nicht einwandfrei makellos dasteht, kann nicht die zur Ausübung des verantwortlichsten Staatsamtes notwendige moralische Autorität haben, ist nicht würdig, über deutsche Staatsbürger zu Gericht zu sitzen.

— Im Pariser Bankbeamtenstreik sind alle bisherigen Vermittlungsversuche gescheitert. Es kam zu einer ganzen Reihe von Zwischenfällen und Verhaftungen. In Marseille hat ein von den Gewerkschaften als Sympathiekundgebung für die Bankbeamten angewiesener Generalstreik eingesetzt; der gesamte Verkehr ruht.

Mussolini.

Ein Bild des äußeren Menschen.

(Von unserem römischen Berichterstatter.)

Den Kopf Mussolinis zu erfassen, ist noch keinem Künstler gelungen. Auf jedem Bild sieht er anders aus, gleichviel, ob ihn der mechanische Schlitzverschluß überrasche oder ein Porträtist sich rühmt, der Diktator habe ihm stundenlang gesessen. Es gibt Gemälde berühmter Gesellschaftsmaler, die trotz aller Prämien nicht beliebt werden können, weil sie den robusten Schmiedesohn aus der rebellischen Romagna, den Mann der action directe, der ebensogut Kommunist sein könnte, als unversöhnlichen Staatsmann zeigen. Es gibt für Massenabsatz hergestellte Bronzen, die ihn als schwertschwingenden Schmied dem Volke näherbringen sollen — Bismarckersatz und also Kitsch.

Ich habe Mussolini gesehen, als er noch der Anarchist, der Brigant, der Desperado für das Ausland war — damals trug er ein Bulldoggengesicht. Er fiel mir dann im Parlament auf, als er, ein kleiner Abgeordneter, aber ein großer Journalist, eine Robespierremaske aufsetzte und damit mit einem Schlag alle bisher gelangweilten Köpfe herumriß. Bald war er Buddha, bald Nero. Wenn er die quadratische Kieferpartie auf die Hände stützte, war es, als stütze er wieder den für einen Italiener ganz ungewöhnlichen Denkerschädel auf einen brutalen Zweckkloß.

Vielleicht tritt in diesem aufdringlichen Gegensatz zwischen Stirne und Kinn sein Charakter am deutlichsten zutage Condottiere, trat er im schwarzen Hemd, noch den fackernden Rausch des Sieges in den berühmten, kreisrunden, rollenden Augen, nach dem „Marsch auf Rom" vor den König. Auf seinem späteren Triumphzug von Mailand über Bologna, Florenz und Perugia, den Hauptetappen des fasizistischen Zuges nach der Hauptstadt, habe ich ihn begleitet und dabei Gelegenheit gehabt, ihn in den verschiedensten Situationen zu beobachten.

Er war ein anderer, wenn er, die Balkonbrüstung eines alten Palazzo förmlich zerknetend zwischen seinen unaufhörlich mahlenden Fäusten, hektische Flecken auf den zuckenden Wangen, Atem holend aus aufgewühlter Tiefe, zu dem wogenden Meer seiner Schwarzhemden hinunterspracht oder vielmehr donnerte; ein anderer, wenn er ins Steuerrad seines Kraftwagens griff, daß einem Hören und Sehen verging; ein anderer, als er den herandrängenden Schokoladenmädels von Perugia die Hand gab; ein anderer, als er in strahlendem Ordensrock den Monarchen als Gast empfing. Es gab an diesem einen Abend sogar zwei Mussolini: Wenn die Damen ringsum wie eine zurücktretende Welle weginkten, stand ein korrekter, etwas einfältiger Ministerpräsident neben dem König; bald darauf reichte er uns aber, allein und zwanglos, mit jugendlicher Freude in einen herzlich offenen Gesicht, die Hand herüber. Und wenn er — seine Familie lebt in Mailand — bei einer Abendunterhaltung die Frau des Hauses spielt, ist er eitel Liebenswürdigkeit, um einige Stunden später als Politiker mit wahrem Fanatismus gegen seine Gegner zu wüten.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, den Gewaltmenschen zeichne die gerade Linie aus. Das trifft schon auf die Zäsaren nicht zu, am wenigsten auf Nero, mit dem Mussolini die größere Aehnlichkeit hat, um wie viel weniger auf unsere wandelbare Zeit! Wer die Zeit beherrschen will, muß ihre Launen kennen und sie sich nutzbar zu machen verstehen, nicht sie brechen wollen. Die Zeit hat in diesem Sinne etwas eminent Weibliches an sich. Mit Brutalität allein lassen sich gewiß Erfolge erringen, aber niemals dauernde. Das weiß Mussolini und danach handelt er — fühlt man sich versucht zu sagen. Ich wage jedoch keine Formel aufzustellen, denn der Duce scheint mir dafür viel zu triebhaft. Er handelt letzten Endes doch immer instinktiv, wie die Frau und das erklärt vielleicht seine Siege auch in den kritischsten Lagen. Mit sicherem Griff reißt er aus seinem reichen Lager von Masken fast jedesmal die gerade passende heraus, und setzt er ja einmal eine unzweckmäßige auf, so zögert er keinen Augenblick, sich selber zu desavouieren und die Logik der rücksichtslosen Selbstbehauptung sprechen zu lassen.

Als Ministerpräsident oder Minister — formell besitzt er nur vier Porteseuilles — spricht Mussolini um so mehr und um so farbloser und langweiliger, je weniger er zu sagen hat. Entscheidungen dagegen legt er gerne in ein paar Donnerschläge. Unvergeßlich seine Haltung in jenem tödlichen Augenblick um die letzte Jahreswende, als die Opposition hartnäckig wie Salome seinen Kopf verlangte, als die Zwecks- und Zwangsfasizisten schon ihr Abzeichen abrissen, der Senat sich zurückzog wie von Catilina und der Staatsanwalt sein Gesicht in dräuende Paragraphen legte. Da stand Mussolini im Parlament auf und schlug gleich mit dem ersten Wort wie mit einem Hammer an die Glocke der Zeit, hielt die goldgeränderte Verfassung hoch, las den Artikel der seidenen Schur und frug hoch erhobenen Hauptes in die furchtbare Stille hinein: Domando — ich frage, wer diesen Artikel angewendet wissen will? Einen Orkan beschwor er damit herauf und dieser Orkan riß ihm wieder alle Schwankenden zu. Dann reckte er sich von dem Angeklagten zum Kläger: in solchen Augenblicken schneidet seine Hand an dem fanatisch emporgereckten Kinn vorbei, hin und her wie ein rasendes Schwert: Alle Köpfe ab, nur meiner nicht!

Mussolini ist ein leidenschaftlicher Reiter, er führt eine gute Klinge; wenn man ihn in seinem Arbeitszimmer am Corso aufsucht, kommt man vor der Schwelle an einen Tisch, auf dem zwei ausgiebige Pistolen liegen. Bismarck hatte große Doggen, Bülow einen Pudel, der deutsche Kaiser seine Dackel und Nero, wenn ich nicht irre, einen Panther. Was kann da ein Mussolini für ein Lieblingstier haben? Er kann nur einen Löwen haben. „Ras" heißt er, nach den Satrapen da drunten in der italienischen Kolonie in Afrika, eine Bezeichnung, die jetzt gang und gäbe ist auch für die fasizistischen Provinztyrannen. Mit einem kleinen „Ras" fuhr der moderne Zäsar viel in Rom herum und ließ sich photographieren; jetzt ist der Löwe, wie jenes Hündchen bei Heinrich Heine, groß und wild geworden, doch ward er nicht ertränkt im Tiber, sondern in den Tiergarten verbracht, wo ihn sein Herr zuweilen aufsucht. Zwei Löwen auf einmal, zwei, solche Prachtexemplare in einem Käfig . . . wenn das keine Fremdenattraktion ist!

Im übrigen betrachten ihn die Fremden gewöhnlich von der Piazza Colonna aus, wenn er von dem historischen Eckbalkon des Palazzo Chigi herunterspricht. Er wirkt dort ungleich dekorativer als in seinem Heim, das in einer dunklen Straße liegt und nichts weniger als künstlerisch ausgestattet ist.

Ich lebe schon die Zeit im Saufschritt herbeieilen, wo jeder Essayist sich verpflichtet fühlt, eine Abhandlung zu schreiben: „Mussolini und die Frauen." Heute wäre das noch ein gewagtes Thema, wennschon diese blühende Umrankung eigentlich zum äußeren Bild unseres Helden gehört. Aber wenn der mächtigste Mann Italiens dem schönen Geschlecht nicht gerade spinnefeind ist, so beruht das, gelinde gesagt, auf Gegenseitigkeit. Jedenfalls scheinen die Frauen im allgemeinen für gewältätige Naturen mehr zu schwärmen als für Pazifisten, und was die italienischen anbelangt, so muß bei ihnen der Sinn für Politik viel stärker ausgeprägt sein als bei den Herren des Parlaments, denn die Tribünen zeigen einen überwältigenden Damenflor jedesmal, wenn Mussolini spricht.

G. W. E.

Amerikanischer Humor.

Man kann nicht viel von einer Gefängnis-Reform erwarten, bevor nicht eine „bessere" Klasse Leute dorthin geschickt wird. („San Francisco Chronicle".)

Das größte Unglück für die Menschheit ist, daß immer nur die, die nicht im Amte sind, wissen, wie große Probleme gelöst werden können.

(„Minesota Star".)

Die Verschärfung von Channing Pollock, Verfasser von „Der Narr", daß das Theater eine wertvolle Therapie in der Heilung von Krankheiten ist, wird für richtig gehalten. Tatsächlich hat sich das Theater auch schon vielfach als ein gutes Mittel gegen Schlaflosigkeit erwiesen.

(„New York World".)

Der Wissenschaftler, welcher der Welt mitteilte, daß er den mattigsten Stern aufgefunden habe, blieb leider die Erklärung schuldig, ob es sich dabei um die Bühne oder das Kino handelt.

(„Marion Star.")

Alter Seebär (Ree-Schauermärchen erzählend): „Einmal wurde ich nach einer Insel verschlagen, wo sie nur verrückte Weiber besaßen, die keine Zunge hatten." Zuhörer: „Wundervoll! Sie konnten also gar nicht sprechen?" Alter Seebär: „Nein. Das war's ja gerade, was sie verrückt gemacht hatte!"

(Reynolds Newspaper.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250822010/fragment/page=0002